

|  |  |  |
|--|--|--|
|  |  |  |
|  | AUTONOME PROVINZ BOZEN – SÜDTIROL  |  |
|  | AMT FÜR NACHHALTIGE GEWÄSSERNUTZUNG  |  |
|  | Rep. Nr. Bozen,  |  |
|  | GD/10126   |  |
|  | AUFLAGENHEFT   |  |
|  | Es werden folgende Rechtsvorschriften zur Kenntnis genommen:   |  |
|  | ➤ Kgl. Dekret (V.T.) vom 11.12.1933, Nr. 1775 - Einheitstext der öffentlichen Gewässer;  |  |
|  | ➤ Kgl. Dekret vom 14.8.1920, Nr. 1285 - Verordnung für Ableitungen und Nutzung der öffentlichen Gewässer;  |  |
|  | ➤ D.P.R. vom 22.6.2017 - Durchführungsbestimmungen des Gesamtplanes für die Nutzung der öffentlichen Gewässer der Autonomen Provinz Bozen;   |  |
|  | ➤ L.G. vom 26.01.2015, Nr. 2 i.g.F. - Bestimmungen über die kleinen und mittleren Wasserableitungen zur Erzeugung elektrischer Energie;  |  |
|  | ➤ Beschluss der Landesregierung vom 21.02.2017, Nr. 199 - Wasserableitungen zur Erzeugung elektrischer Energie - Richtlinien für die Verwaltung von Ausgleichszahlungen aus dem Betrieb von mittleren und großen Kraftwerken;  |  |
|  | ➤ Beschluss der Landesregierung Nr. 221 vom 02.04.2019 - Bestimmungen zur Verbesserung der Sicherheit von konzessionspflichtigen Anlagen zur Nutzung öffentlicher Gewässer für die Produktion von elektrischer Energie. Ersetzung des eigenen Beschlusses vom 26.04.2016, Nr. 440. |  |
|  | *****  |  |
|  | Die , Steuernummer , mit Sitz in , Präsidenten des ,   |  |
|  | geboren in am , wohnhaft in 390 , , erklärt  |  |
|  | folgende Bedingungen anzunehmen und einzuhalten, welche die Konzession   |  |
|  |  |  |

zur Wasserableitung aus dem Pragserbach im Gemeindegebiet von PRAGS zur Erzeugung elektrischer Energie betreffen.

Das Angebot für die Ausschreibung, gemäß Art. 21 des Landesgesetz vom 26 Januar 2015, Nr. 2 wurde von der Gesellschaft am mit Sitz in eingereicht.

Gemäß Art. 9 des LG 2/2015 wurde der Zuschlag, seitens der Kommission, an die erteilt.

#### ART. 1 – VERWENDUNG DES WASSERS

Erzeugung elektrischer Energie durch Wasserkraft.

#### ART. 2 - MERKMALE DER KRAFTWERKSANLAGE

Die aus dem Pragserbach, eingetragen im Verzeichnis der öffentlichen Gewässer unter der Nr. C.400 abzuleitende Wassermenge beträgt im Mittel 436,90 l/s und maximal 700,00 l/s. Die Fallhöhe beträgt 105,75 m.

Der Oberwasserspiegel ist auf Kote 1.335,35 m ü.d.M.; der Unterwasserspiegel ist auf Kote 1.229,60 m ü.d.M.

Die mittlere jährliche mittlere Nennleistung – Berechnungsgrundlage für den Wasserzins – beträgt 452,96 kW.

#### ART. 3 - BESCHREIBUNG DER ÖRTLICHKEITEN UND DER KRAFTWERKSANLAGE

Die Wasserfassung erfolgt im Pragserbach auf Kote 1.337,00 m ü.d.M. auf der Gp. 2891/1 und Gp. 2409/1 der KG PRAGS. Das Wasser wird mittels Coanda Rechen mit anliegendem Fischpass auf der orographisch rechten Seite abgeleitet. Ab der Fassung wird das Wasser mittels Zuleitung in GFK DN1500 zum Entsandungsbecken geleitet.

Der Entsander befindet sich auf der Gp. 2409/1 der KG PRAGS, an der orografisch

rechten Seite des Pragserbaches auf Kote 1.337,00 m ü.d.M. errichtet. Der Entsander besteht aus Kiesfang, Entsandungskammer und Druckhaltekommer, Einlauftrumpete und Absperrvorrichtung. Der gesamte Entsander wurde in Stahlbeton errichtet und unterirdisch angelegt bzw. zugeschüttet. Die Lage des Entsanders ist parallel zum Bachbett, somit kann bei Spülvorgängen das Wasser direkt in das Bachbett fließen.

Die Druckrohrleitung wurde zur Gänze unterirdisch auf der orografisch rechten Seite des Pragserbaches verlegt und weist eine Gesamtlänge von 2.125,00 m auf.

Die vom Fassungsbauwerk startende Druckrohrleitung besteht aus verstärkten GFK Rohren mit Durchmesser 800 mm (max. Betriebsdruck 10,4 bar. Die Druckrohrleitung, welche mit Rohrbruchklappe ausgerüstet ist, wurde am 06.12.2012 durch die Fa. Prüflabor Fischer OHG der Druckrohrprüfung unterzogen, mit positivem Ergebnis.

Das Krafthaus wurde auf Gp. 13 KG PRAGS auf Kote 1.231,00 m ü.d.M., an der orografisch rechten Seite des Pragserbaches, errichtet. Das Krafthaus aus Stahlbeton wurde grossteils unterirdisch gebaut und ist in die Bereiche Maschinenhalle, E- Raum mit Schalt- und Regelschränken, Transformatorzellen, MS- Kabine sowie Übergabestation für den Anschluss an das öffentliche Stromnetz unterteilt.

Im Gebäude wurden folgende Maschinen installiert:

- fünfdüsige Pelton- Turbine, Durchsatz 800 l/s, Nenndrehzahl 600 U/min;
- Drehstrom- Synchron- Generator, 800 kVA;
- Transformator 800 kVA;
- Schalt- Regelungs- und Überwachungsvorrichtungen.

Die Wasserrückgabe erfolgt auf der orografisch rechten in den Pragserbach auf

Kote 1.228,50 m ü.d.M. auf Gp. 2891/1, KG PRAGS mittels Betonkanal  
(Breite=2,10 m, Höhe=0,80 m), welcher 25 m lang ist.

#### ART. 4 – BEDINGUNGEN

Der Konzessionsinhaber ist verpflichtet für die gesamte Dauer der Konzession auf  
eigene Initiative und Kosten:

1) Alle Anlagen nach dem Stand der Technik instand zu halten, so dass deren  
Festigkeit, Dauerhaftigkeit und Sicherheit gewährleistet sind. Diesbezüglich  
müssen regelmäßig Kontrollen und Überprüfungen durchgeführt werden.

2) Die im Beschluss der Landesregierung Nr. 221 vom 02.04.2019 -  
Bestimmungen zur Verbesserung der Sicherheit von konzessionspflichtigen  
Anlagen zur Nutzung öffentlicher Gewässer für die Produktion von elektrischer  
Energie. Ersetzung des eigenen Beschlusses vom 26.04.2016, Nr. 440 -  
enthaltenen Vorschriften müssen eingehalten werden.

3) Der Konzessionsinhaber muss ausführen, was ihm die Verwaltung, welche die  
Konzession erteilt, im öffentlichen Interesse vorschreibt.

4) Es sind alle Anlagen zu erstellen, welche für die erteilte  
Wasserableitungskonzession notwendig sind (für Straßenüberquerungen,  
Elektroleitungen, Kanäle, verschiedene Wiederherstellungen des  
ursprünglichen Zustandes, u.s.w.).

5) Die maximale Wasserentnahme von 700,00 l/s muss mit einem  
Begrenzungsüberfall beim Entsandungsbecken sowie mittels den  
Turbinendüsen begrenzt werden. Die Verwaltung, welche die Konzession  
erteilt, behält sich vor, jederzeit und zu vollen Lasten des Konzessionsinhabers  
zusätzliche Anlagen errichten zu lassen, um die Ableitung einer größeren  
Wassermenge als der gewährten zu verhindern.

6) Bei der Fassung muss ein Schild angebracht werden, aus welchem die Eckdaten der Konzession ersichtlich sind (Aktennummer, Ort, Restwassermenge während der Betriebsmonate, maximale und minimale Ableitungsmenge, Nennfallhöhe, mittlere jährliche Nennleistung, Ableitungszeitraum).

7) Es liegt im Verantwortungsbereich des Konzessionsinhabers, dass die vorgeschriebene Restwassermenge jederzeit und unter allen Umständen garantiert wird. Das heißt, der Konzessionsinhaber hat dafür Sorge zu tragen, dass eventuelle Hindernisse, welche die Restwassermenge verringern könnte, unverzüglich entfernt werden.

8) Das Prüfprotokoll der Druckprobe, die Konformitätsbescheinigung über den fachgerechten Bau der elektrischen Anlagen gemäß Gesetzesdekret Nr. 5 vom 09.02.2012 und der Wert der Installierten Leistung (Ausgang Generator/en) müssen der Dokumentation zur Bauabnahme beigelegt werden.

9) Im Kraftwerksgebäude muss eine absolute Bezugskote sichtbar gemacht werden. Für jede Maschine muss ein getrennter Stundenzähler installiert werden.

10) Der Konzessionär ist verpflichtet (gemäß Art. 25, Abs. 2 des L.G. 2/2015), mittels PEC innerhalb 31 Jänner eines jeden Jahres, die Daten hinsichtlich der Produktion des vorherigen Jahres dem Amt für nachhaltige Gewässernutzung zu übermitteln.

#### ART. 5.1 – GUTACHTEN DES AMTES FÜR GEWÄSSERSCHUTZ

Die im Gutachten des Amtes für Gewässerschutz angeführten Vorschriften vom 23.04.2020, Prot. Nr. 263251, müssen eingehalten werden. Dieses Gutachten wird dem Konzessionär übermittelt.

ART. 5.2 – GUTACHTEN DER DIENSTSTELLENKONFERENZ

Die im zustimmenden Gutachten der Dienststellenkonferenz für den Umweltbereich vom                    angeführten Vorschriften, erlassen mit Schreiben des Amtes für Umweltverträglichkeitsprüfung vom                    , Prot. Nr.                    , müssen eingehalten werden. Dieses Gutachten wird dem Konzessionär übermittelt.

ART. 6 – BAUBEGINNMELDUNG

Gemäß Art. 17 des L.G. vom 26.01.2015 Nr. 2 muss mindestens 15 Tage vor Beginn der Arbeiten der Konzessionär den gebietsmäßig zuständigen Gemeinden den Baubeginn unter Vorlage der Konzession und der Projektunterlagen melden.

Die Gemeinden überwachen die korrekte Bauausführung.

ART. 7 – ABNAHME

Gemäß Art. 20 des L.G. vom 26.01.2015 Nr. 2 muss die Bauabnahme durch einen befähigten Techniker/eine befähigte Technikerin auf der Grundlage der genehmigten technischen Eigenheiten des Projektes und der angeführten Auflagen sowie der Angabe der etwaigen Abweichungen, die nur im Rahmen der in Artikel 19 angeführten Vorgaben zulässig sind, erfolgen. Der Gesuchsteller übermittelt dem Amt für nachhaltige Gewässernutzung 15 Tage vor Inbetriebnahme die Dokumentation zur Bauabnahme mit dem Endstandprojekt.

Falls im Zuge der Bauabnahme wesentliche Abweichungen zum genehmigten Projekt festgestellt werden, darf die Anlage nicht in Betrieb gehen.

Das zuständige Amt kann jederzeit auch auf eigene Initiative Kontrollen durchführen.

ART. 8 – DAUER DER KONZESSION

Die Dauer der Konzession beträgt 30 Jahre ab dem Datum des Konzessionsdekretes, außer im Falle von Verfall oder Verzicht.

ART. 9 - WASSERZINS

Der Jahreszins beträgt 5.834,12 € aufgrund der mittleren jährlichen Nennleistung von 452,96 kW und aufgrund von 12,88 € je kW.

Der Wasserzins ist auf jeden Fall zu entrichten, auch wenn die Konzession überhaupt oder teilweise nicht ausgeübt wird.

Der Jahreszins kann rückwirkend vom Beginn der Zahlungen aufgrund eventueller Änderungen der mittleren jährlichen Nennleistung, die sich aus dem Ausführungsprojekt, aus den Abnahmeerhebungen oder aus genauen Messungen der abgeleiteten Wassermenge ergeben, abgeändert werden.

Artikel 19/bis, Absatz 7 des Landesgesetzes vom 20. Juli 2006, Nr. 7, in geltender Fassung, sieht vor, dass die Jahreszinse für die Nutzung öffentlicher Gewässer für die Stromerzeugung laut art. 19/bis, Absatz 2, von der Landesregierung alle zwei Jahre auf Grund der Änderungen der Lebenshaltungskosten laut ISTAT-Index angepasst werden können. Die jeweiligen Beträge werden auf 10-Cent-Einheiten auf- oder abgerundet.

ART. 10 - UFERGEMEINDEN

Ufergemeinde im Sinne des Art. 53 des V.T. vom 11.12.1933, Nr. 1775, ist die Gemeinde Prags.

ART. 11 - UFERZINS

Der Konzessionsinhaber ist verpflichtet, an die Ufergemeinde den jährlichen Uferzins gemäß Art. 53 des V.T. vom 11.12.1933, Nr. 1775, und Art. 2 des Gesetzes vom 22.12.1980, Nr. 925, in Höhe von 2.658,87 € für die Gemeinde Prags aufgrund der mittleren jährlichen Nennleistung von 452,96 kW und aufgrund von 5,87 € je kW zu entrichten.

Artikel 19/bis, Absatz 7 des Landesgesetzes vom 20. Juli 2006, Nr. 7, in geltender

Fassung, sieht vor, dass die Jahreszinse für die Nutzung öffentlicher Gewässer für die Stromerzeugung laut art. 19/bis, Absatz 2, von der Landesregierung alle zwei Jahre auf Grund der Änderungen der Lebenshaltungskosten laut ISTAT-Index angepasst werden können. Die jeweiligen Beträge werden auf 10-Cent-Einheiten auf- oder abgerundet.

Art. 12 – ANGEBOT FÜR DIE AUSGSGLEICHSAHLUNGEN ZUM WOHL DER ALLGEMEINHEIT

Es wird der Beschluss der Landesregierung vom 21. Februar 2017, Nr. 199 „Wasserableitungen zur Erzeugung elektrischer Energie - Richtlinien für die Verwaltung von Ausgleichszahlungen aus dem Betrieb von mittleren und großen Kraftwerken“ angewendet.

Der gesamte Betrag dieser Ausgleichszahlungen wird jährlich gemäß den Vorgaben des oben genannten Beschlusses der Landesregierung berechnet. Es wird berücksichtigt, dass für den variablen Betrag der Ausgleichszahlungen der Faktor % im Betrag von €.

Dieser gesamte Betrag wird jährlich an die Gemeinde PRAGS ausgezahlt.

ART. 13 - LANDESSTROM

Der Konzessionsinhaber ist gemäß Landesgesetz Nr. 18 vom 30.08.1972 verpflichtet, der Autonomen Provinz Bozen ab dem Datum des Dekrets jährlich unentgeltlich 220 kWh Energie je kW mittlerer jährlicher Nennleistung zu liefern oder, falls die Provinz diese Energie nicht beziehen sollte, die entsprechende Vergütung für jede nicht bezogene kWh zu entrichten, welche aufgrund des Beschlusses der Landesregierung Nr. 2769 vom 28.07.2008 sowie allen nachfolgenden Änderungen berechnet wird.

ART. 14 – ENTSCHÄDIGUNG FÜR DEN SCHEIDENDEN BETREIBER



Gemäß Beschluss der Landesregierung Nr. 942 vom 18.09.2018 „Genehmigung

der Leitlinien zur Festlegung der Entschädigung für den scheidenden

Konzessionär“, verpflichtet sich der Konzessionär innerhalb 15 Tage ab

Unterzeichnung des gegenständlichen Auflagenheftes die Summe von

**3.035.904,69 €** an dem scheidenden Betreiber **Pragis Kraft GmbH** zu entrichten.

Obige Entschädigung ist in zwei Schritten an den provisorischen Betreiber zu

entrichten:

- 95 % der Entschädigungssumme der übernommenen Anlagenteile innerhalb von

15 Tagen nach Unterzeichnung des Auflagenheftes;

- 5 % der Entschädigungssumme der übernommenen Anlagenteile innerhalb von

60 Tagen ab Zustellung des Konzessionsdekretes abzüglich des Aktivsaldos.

ART. 15 - BEZUG AUF GESETZE UND DURCHFÜHRUNGS-

VERORDNUNGEN

Außer den in diesem Auflagenheft enthaltenen Vorschriften muss der

Konzessionär die geltenden Bestimmungen, Gesetze und

Durchführungsverordnungen über Wasserwirtschaft, Energie, hydrogeologische

Regelung, Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Fischereiwirtschaft, Hygiene und

öffentliche Sicherheit einhalten.

**(Gilt nur für Gesellschaften)**

Der Konzessionär ist verpflichtet jenes zu erfüllen, was im Art. 5/bis des L.G. vom

22.10.1993, Nr. 17 - Regelung des Verwaltungsverfahrens - vorgesehen ist.

ART. 16 – DOMIZIL

Für alle Rechtsangelegenheiten wählt der Konzessionär als Domizil den Rechtssitz

.

ART. 17 – SPESEN

Die Spesen für die Veröffentlichung, Stempelmarken, Messung der Wassermengen und ähnliche mit der Konzession verbundenen Spesen, gehen zu Lasten des Konzessionsinhabers, welcher auf Verlangen des Amtes für nachhaltige Gewässernutzung diese Beträge im Voraus bezahlen muss.

***(erforderlich falls ein Rechtsverfahren anhängig)***

ART. 18 - Mit Unterzeichnung des gegenständlichen Auflagenhefts verzichtet der Konzessionär auf jeglichen Schadensersatzanspruch gegenüber der Autonomen Provinz Bozen im Falle der nachträglichen gerichtlichen Aufhebung des zugrunde liegenden Konzessionsverhältnisses.

***(erforderlich falls ein Rechtsverfahren anhängig)*** Der Unterfertigte stimmt ausdrücklich dem Inhalt des gegenständlichen Auflagenheftes zu und erklärt insbesondere, gemäß Art. 1341 ZGB, anzunehmen.

#### ART. 19 – DATENSCHUTZ

Im Sinne und in Folge der Bestimmung laut Datenschutz-Grundverordnung 2016/679 betreffend die „Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG“, verpflichten sich die Vertragsparteien durch gegenseitigen Informationsaustausch dazu beizutragen, dass alle von ihnen direkt abgegebenen und, wie auch immer, mit dem Vertrag zusammenhängenden Daten, für die den Vertrag betreffenden Betriebs- und Verwaltungszwecke, Gegenstand der Verarbeitung, in automatisierter und in nicht automatisierter Form, sein können. Die Übermittlung der Daten ist zur Erreichung des angeführten Zweckes unabdingbar, andernfalls ist dieser nicht oder nur teilweise zu erreichen.

Der gesetzliche Vertreter der

DER PRÄSIDENT DER

- Name Nachname -

Draft für Übernahme der bestehenden Anlage